

Gender Budgeting in Berlin

Christine Färber

Berlin ist in Europa bei der Verankerung von Gender Budgeting mit an führender Stelle. Die politische Führung (Abgeordnetenhaus und Senat) haben einen klaren Rahmen vorgegeben. GB ist in einer schlüssigen GM-Strategie verankert. Die Zwischenbilanz ist ausgesprochen POSITIV:

Die Verwaltung hat eine wirksame Vernetzungsstelle geschaffen (AG GB bei der LaKo GM), an der auch eine NGO und externe Beratung beteiligt sind. Die Senatsverwaltung für Finanzen steuert den Prozess mit hohem Engagement und hoher Sach- und Prozesskompetenz, sie wird unterstützt durch die Geschäftsstelle GM.

Der Fokus war zunächst Verankerung und Verbreiterung, im Landeshaushalt vor allem in den Hauptgruppen 6 und 8, in den Bezirken bei über 50 Produkten, damit sind viele sehr wichtige Ausgabenbereiche einbezogen.

Der zweite Fokus ist die Vertiefung der GB-Analyse: Im ersten Schritt wird eine Nutzenanalyse erstellt, bei der die Teilhabe von Frauen und Männern erhoben und dokumentiert wird. Dabei werden erstmals Wirkungsdaten zu Haushaltsposten im Haushalt festgeschrieben (z.B. 600.000 Nutzerinnen und Nutzer, davon 350.000 Männer und 250.000 Frauen.). Künftig werden durch Zuwendungssteuerung mehrere Nutzungsebenen einbezogen

Im zweiten Schritt wird eine Wirkungsanalyse erstellt, die Daten in qualifizierte geschlechterpolitische Zusammenhänge einbettet (oft wird bei einzelnen Ausgaben oder Produkten keine 50-50-Verteilung angestrebt, dafür werden Gründe dargelegt, oder es gibt keine Nutzungsdaten, zum Beispiel zur geschlechtergerechten Verfahrensgestaltung der Stadtplanung)

Inzwischen sind die bezirksübergreifenden ProduktmentorInnengruppen einbezogen.

Die Verwaltung erhält Unterstützung durch externe wissenschaftliche Begleitung und Beratung, Qualifizierungsmöglichkeiten im IVM und eine sehr gute Broschüre.

Die Verwaltung gibt sich sehr viel Mühe mit der Erhebung von Daten und mit der Erarbeitung qualifizierter geschlechterbezogener Zusammenhänge. Die Produktblätter und auch der kamerale Haushalt erhalten Substanz, sie werden transparenter und Konsequenzen von Entscheidungsalternativen werden deutlicher

GB führt zu einer größeren Ernsthaftigkeit, Vertiefung und Verbreiterung von GM. Durch die regelmäßige Frage nach der Wirkung der Verteilung der Finanzen in der Fachpolitik entsteht ein kontinuierliches Gendercontrolling in allen Fachpolitiken, die Ausgaben oder Einnahmen betreffen. Gleichstellung wird vom Lippenbekenntnis zum harten Thema. GB verankert Gleichstellung in Bereichen, die sonst gar nicht erfasst wurden.

Prof. Dr. Christine Färber, HAW Hamburg und Competence Consulting Potsdam
faerber@competence-consulting.de

Die für GB erarbeiteten Instrumente unterstützen migrations- oder schichtbezogene Nutzungs- und Wirkungsanalysen, die allerdings erheblich komplexer sind. Gender Budgeting ist ein wichtiger Beitrag zur wirkungsorientierten Haushaltsführung.

Mit GB werden Ausgaben und Einnahmen transparent gemacht. GB trägt zur transparenten Gestaltung der Finanzpolitik des Landes und der Bezirke und damit zur bürgerinnen- und bürgernahen Verwaltung bei. GB verbessert den parlamentarischen Überblick über die Zusammenhänge von Fach- und Finanzpolitik.

Die staatlichen Steuerungsinstrumente werden durch GB systematisch gleichstellungsorientiert ausgerichtet.

Gute Beispiele:

- NVP als Vorbereitung eines gleichstellungsorientierten Vertrages mit der BVG 2008
- IGV und LIGA-Vertragsanalysen als Grundlage für die künftige Gestaltung der gleichstellungsorientierten Projektsteuerung in Gesundheits- und Sozialwesen,
- gleichstellungsorientierte Wettbewerbs- und Planungsverfahren im Städtebau als Verfahrensweise, die Ausgabenbereiche gleichstellungsorientiert steuern, die sich Nutzungsanalysen entziehen,
- Nutzungsanalysen in Parks und Gärten, Volkshochschulen, Sportstätten, Bibliotheken, Jugend- und Senioreneinrichtungen,
- Ergänzung der jugendpolitischen GM-Strategien

Gender Budgeting ist noch nicht fest verankert, sondern noch in der Aufbauphase, einige Politikfelder auf Senatsebene und einige Bezirke wurden bisher kaum erreicht:

- Eine klassische Gleichstellungsdomäne, die Personalpolitik, kann durch GB neue Impulse erfahren. Das neue Personalstatistiksystem ermöglicht eine Analyse von Geld, nicht nur von Stellen (z.B. Zulagen, faktische Gehälter).
- Die Verzahnung mit anderen Reformansätzen ist bisher nicht ausreichend gelungen, zum Beispiel Bürgerhaushalt.
- Die Vernetzung der Bezirke untereinander und der Bezirke mit der Landesverwaltung stellt für viele Produktgruppen oder Ausgabenbereiche eine bisher nicht bewältigte Herausforderung dar.
- Es gibt erhebliche Widerstände in einzelnen Verwaltungsbereichen und verbreitet die Hoffnung, GB wäre eine Modewelle.
- Der externe Beratungsprozess stockt aufgrund der technischen Steuerung der Finanzierung und ist bisher nicht auf einen ausreichenden Zeitraum angelegt.
- Die Analysen sind noch nicht so weit ausgereift, dass man auf ihrer Basis über Kürzungen oder Zuwächse entscheiden kann, aber sie bieten für das Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlungen wichtige und interessante Informationen
- Ohne Diskussion im politischen Raum wird der Prozess sehr verwaltungstechnisch, zu wenig gesellschaftspolitisch gefüllt und droht zu versanden.
- Es gibt bisher keine rechtlich verbindliche Verankerung des Prozesses, z.B. in der LHO.